



---

**Zu TOP I. Patientenversorgung in Deutschland - Rahmenbedingungen ärztlicher Berufsausübung**

Betrifft: Finanzierung versicherungsfremder Leistungen

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

Von: Dr. Windhorst  
als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe

---

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHLIESSUNG FASSEN:

Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, die Gegenfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen in der Gesetzliche Krankenversicherung (4,2 Mrd. €) durch die neu erhöhte Tabaksteuer nicht zu streichen.

Begründung:

Die zukünftige Patientenversorgung ist nur durch eine ausreichende Finanzierung gewährleistet und nicht durch Abzug von 4,2 Mrd. € durch die Politik. Die Tabaksteuer war zweckgebunden für die Finanzierung im Gesundheitssystem. Ihr Abzug aus der Gesetzlichen Krankenversicherung zeigt die Unredlichkeit von Politikbeschlüssen und entlarvt die Unzulänglichkeit von Steuerfinanzierungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung.

---

Angenommen  Abgelehnt  Vorstandsüberweisung  Entfallen  Zurückgezogen  Nichtbefassung

Stimmen Ja:                      Nein:                      Enthaltungen: